

## Kapitel 8: International zusammenarbeiten



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller\*in: KV Nürnberg  
Beschlussdatum: 17.09.2020

### Änderungsantrag zu GSP.I-01

#### Von Zeile 244 bis 251:

~~(368) Die NATO ist auf absehbare Zeit ein unverzichtbarer und sicherheitspolitischer Renationalisierung entgegenwirkender Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der transatlantischen Beziehungen. Sie leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und einer unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern Großbritannien und Norwegen~~ (368) Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und einer unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen Partnern können europäische strategische Interessen geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden.

### Begründung

Ein zentrales Element dieses Programms ist die Entwicklung einer starken und unabhängigen föderalen europäischen Republik. In Paragraph 366 wird daher „eine gemeinsame europäische Außenpolitik“ innerhalb einer „Sicherheitsunion [...], die parlamentarisch kontrolliert ist“, gefordert. Weiter heißt es: „Anstatt immer mehr Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten sollten gebündelt werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.“ Ein Endpunkt dieser Entwicklung könnte eine gemeinsame europäische Armee der föderalen europäischen Republik sein. Der Nordatlantikvertrag in seiner aktuellen Form behindert diesen Prozess allerdings maßgeblich. Einerseits ist er bis heute nicht an die politische Realität der EU angepasst, sondern bezieht sich rein auf die nationalstaatliche Ebene, andererseits würde eine gemeinsame europäische Armee die Frage aufwerfen, wie mit Truppen aus EU-Staaten umgegangen werden sollte, die nicht gleichzeitig NATO-Mitgliedsstaaten sind. Außerdem divergiert die Entwicklung der europäischen Mitgliedsstaaten und der Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahren auch in strategischer Hinsicht immer weiter. Die zahlreichen völkerrechtswidrigen Kriege der USA zwingen uns regelmäßig in faule Kompromisse.